

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 15 (1974)
Heft: 12

Artikel: Exempel Sri Lanka : der "Weg zum Sozialismus" erheischt immer die Einebnung der Presse
Autor: Tickle, Ian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095212>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der «Weg zum Sozialismus» erheischt immer die Einebnung der Presse

Exempel Sri Lanka

Von Ian Tickle

Wenn in einem nichtkommunistischen Land die Oppositionsfreiheit der Massenmedien beschnitten wird, gilt das als Wahrzeichen des Faschismus. Aber falls dieses Kriterium Geltung hat, ist die Feststellung nicht zu umgehen, dass die Abschaffung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung noch alleweil unweigerlich zum Faschismus geführt hat. Den «Weg zum Sozialismus» unter marxistischer Führung und sowjetischer Obhut beschreitet zurzeit Sri Lanka, und es zeigt sich einmal mehr, dass diese Freiheit nie die Freiheit des Andersdenkenden ist. Die Logik der Systemveränderung in diese Richtung führt zum Faschismus.

In Sri Lanka (früher Ceylon) gibt es heute praktisch nur noch regimekonforme und regimekontrollierte Massenmedien. Endgültig eingespart wurde die Pressefreiheit am 20. April 1974 kurz nach Mitternacht, als fünfzig Polizisten in Stahlhelmen, bewaffnet mit Gewehren und Maschinenpistolen, das Zeitungsunternehmen Independent Newspaper besetzten und seine Druckerei aufgrund einer gouvernementalen Sondervollmacht versiegelten. Zur konkreten Beglaubigung der Massnahme wurden gleich noch funktionswichtige Teile der Einrichtung abmontiert und weggebracht. Damit waren gleich acht unbequeme Publikationen (fünf Tageszeitungen und drei Wochenzeitschriften), die von der wichtigen Zeitungsgruppe herausgegeben wurden, auf einen Schlag am Erscheinen verhindert.

Wo ist die Ruhe wirklich des Bürgers erste Pflicht?

Die zwangsweise Schliessung der Independent Newspapers fiel zusammen mit einem landesweiten Verbot von Demonstrationen, zu welchen die Oppositionsparteien gemeinsam aufgerufen hatten, um Neuwahlen zu verlangen. Dem doppelten Schlag gegen Presse- und Demonstrations-

freiheit folgte die Dekretierung eines Ausnahmezustandes von 28 Stunden.

Frau Bandaranaike, die Ministerpräsidentin, führte zur Begründung des Zeitungsverbotes aus, dieser Zeitungsverlag habe «versucht, in der Nation Unruhe zu entfachen».

Als Ruhestörer hatten die inkriminierten Zeitungen insofern gewirkt, als sie die einzigen gewesen waren, die sich in den beiden letzten Jahren gegen die kalte Liquidierung einer unabhängigen Presse zur Wehr gesetzt hatten. Den zielbewussten Schikanen zum Trotz fuhren sie fort, freie Meinungen von Redaktoren und Lesern zu veröffentlichen, und diese Unruhestiftung hat ihnen die Obrigkeit jetzt abgestellt.

Bereits 1965 hatte eine Regierung Bandaranaike erstmals den Versuch unternommen, die Presse zu knebeln, ein Unterfangen, das damals noch zum Sturze des Kabinetts führte. Die sorgsam vorbereitete Wiederholung, unterstützt von einer ergebnisreichen Parlamentsmehrheit, hat jetzt zum Erfolg geführt.

Der erste Schritt in diese Richtung war zwei Jahre zuvor das Pressegesetz gewesen, das ein behördliches Aufsichtsgremium in Form eines nationalen Presserates schaffte, dem weitgehende

humanitäre Reife einer von skrupellosen Demagogen irreführten Nation...

Abwegig erscheint eine Behauptung im Artikel «Syrien» (S. 991): Im Zusammenhang mit den Kampfhandlungen des Sechstagekrieges (1967) heisst es dort, der israelische Angriff hätte stattgefunden, «ohne dass nur ein syrischer Finger den Abzugshahn bedient hätte». In Wirklichkeit haben die syrischen Streitkräfte mehrere Jahre lang tagein, tagaus aus ihren angeblich uneinnehmbaren, topographisch vorzüglich placierten und mit Hilfe der sowjetischen Berater konstruierten Bunkern auf den Golanhöhen die israelischen landwirtschaftlichen Siedlungen in Ostgaliläa beschossen und das Leben in ihnen in ein Alpdrücken verwandelt.

Trotz allen angedeuteten Unebenheiten und Unzulänglichkeiten kann man diesem Werk einen realen Wert nicht absprechen — und zwar einmal faute de mieux, dann aber immerhin auch, weil es dem am Gegenstand interessierten Leser (sofern er über den ziemlich prohibitiven Preis nicht stolpert) recht viel zu bieten vermag. j. a.

Kompetenzen und Eingriffsmöglichkeiten zugestanden wurden. Die Entmündigung der Presse war in die Wege geleitet.

Stationen zum Endziel

1973 verstaatlichte die Regierung die älteste und grösste Zeitungsgruppe des Landes, Lake House. Damit war gleichzeitig ein Exempel statuiert, und als solches wirkte es sich denn auch beim drittgrössten Zeitungsunternehmen Sri Lankas aus, bei der Times-Gruppe. Sie führte die Gleichschaltung prophylaktisch selber durch, änderte unter Entlassung des Chefredaktors ihre politische Linie und wurde zu einem zuverlässigen gouvernementalen Sprachrohr.

Blieben also die Independent Newspapers. Im letzten halben Jahr konzentrierten vor allem die marxistischen Mitglieder von Regierung und Parlament ihre Bemühungen darauf, diese Zeitungen entweder gefügig zu machen oder zu nationalisieren. Methodisch gingen die Behörden an die Kaltstellung dieses Pressekonzerns, der übrigens paradoxerweise als einzige Zeitungsgruppe des Landes bei den letzten allgemeinen Wahlen die Regierung unterstützt hatte.

In den letzten fünf Monaten vor dem Verbot hatte man systematisch mit indirekten Mitteln versucht, das Unternehmen im wörtlichen Sinn kleinzukriegen:

- Die Papierzuteilung wurde drastisch reduziert. Ende des letzten Jahres beschlagnahmten die staatlichen Papierfabriken, ein Monopolbetrieb, 1000 Tonnen Papiervorräte der Druckerei. Die Independent Newspapers waren gezwungen, sowohl ihren Umfang zu reduzieren als auch ihre Auflage zu vermindern. Diese hatte bis dahin eine steigende Tendenz aufgewiesen, was ein klares Indiz für das Bedürfnis der Bevölkerung nach einer freien Presse dargestellt hatte. Im übrigen beschränkte die Regierung auch auf Dekretsweg die Seitenzahl der Publikationen: die Tageszeitungen hatten sich mit vier Seiten zu begnügen, die Wochenzeitungen mit sechs. Man begründete diese Massnahme mit den hohen Kosten und der Devisenkrise. Was diese Begründung wert war, ersah man aus der Tatsache, dass die staatlichen und regierungskonformen Lake-House-Zeitungen in forcierten Groussaufgaben ohne jede Umfangbeschränkung erscheinen konnten.

- Man führte gegen die Independent Newspapers eine Inseratensperre durch alle staatlichen und staatlich kontrollierten Unternehmen ein. Weil die kommerzielle Werbung auf privater Grundlage beim gegenwärtigen Stand der sozialisierten Wirtschaft unerheblich ist, bedeutete dieser angeordnete Boykott den Ausfall eines ganzen Einnahmesektors.

- Finanzminister N. M. Perera befahl in einem präzedenzlosen Vorgehen der Bank of Ceylon, alle Darlehen an die Independent Newspapers sofort zurückzufordern. Man rechnete offensichtlich damit, den Zeitungsverlag in den Bankrott zu treiben, aber zum verärgerten Erstaunen der Regierung konnten die erforderlichen acht Millionen Rupien aufgebracht werden.

*

Und so kam es schliesslich zur ungetarnten Gewaltanwendung gegenüber einer Presse, deren Verbrechen darin bestand, dass sie oppositionellen Meinungen zur öffentlichen Äusserung verhalf. Die «Entwicklung zum Sozialismus» ist auch in Sri Lanka ihrer Logik treu geblieben. ■

«Kein syrischer Finger am Abzug» ...?

Anlässlich des Umsturzes in Irak im Juli 1958 lesen wir: «Die Aufständischen überlieferten Faisal II., den letzten König des Iraks, der entfeselten Menge.» In Wirklichkeit hat es sich um die bestialische Ermordung des Knaben Faisal, seines Onkels, des Regenten Abdulillah, und des Ministerpräsidenten Nuri Said gehandelt und um die nachfolgende Leichenschändung der unseligen Opfer, die noch kurz vorher von den arabischen «Massen» verhimmelt wurden. Die Mordorgie spielte sich unter wohlwollender Mitwirkung der aufgeklärten Revolutionshelden ab — mit dem erratischen General Kasseem an der Spitze. Die ausgleichende Gerechtigkeit liess nicht lange auf sich warten: Im Jahre 1963 wurde Kasseem von seinen Gesinnungs- und Busenfreunden kaltblütig — ohne Prozess — umgebracht, und das irakische Volk geriet wieder einmal in Verückung. Ein tristes Zeugnis für die